



**DRÖGE ABER TEUER**

# Steuergeld für Merkels Wahlkampf Flüge!

Von INXI | Sie hat viel zu tun in diesen Tagen – Angela Merkel, Kanzlerin und Darstellerin in Deutschland! Mehrere Termine pro Tag sind keine Seltenheit. Das ist für einen Regierungschef natürlich eher die Regel als die Ausnahme aber hier geht es nicht um Regierungsgeschäfte, sondern um Wahlkampftermine. Angeblich soll die CDU ja so etwas Ähnliches derzeit machen.

Wie auch immer, Merkel tingelt durch die deutschen Lande und belästigt die Bürger mit ihrer Anwesenheit – teilweise mehrmals pro Tag an verschiedenen Orten. Wie geht das? Ganz einfach, es wird ganz selbstverständlich die Flugbereitschaft von Bundespolizei und Bundeswehr benutzt! Selbstredend auf Kosten der Steuerzahler.

Wer also auf den Marktplätzen der Provinz seinen Unmut über die Politik Merkels äußert, wurde schon kräftig zur Kasse für das Einschweben der Größten Kanzlerin aller Zeiten.

Wie heute in den Medien bekannt wurde, nutzt Merkel (plus Mitarbeiter) vor allem den Hubschrauber der Luftwaffe, der speziell für die Regierung bereitsteht. Eine (!) Flugstunde dieser [Maschine kostet 18.754 Euro](#).

## **Selbstbedienungsmentalität des Systems**

In der Regel werden pro Merkel-Wahlkampftermin etwa vier Stunden nötig, macht insgesamt rund 75.000 EURO! Nun, diese Summe wird der CDU natürlich nicht in Rechnung gestellt; die Bundeswehr begnügt sich mit etwa 500 Euro pro Person und Flug. Das entspricht dem Ticketpreis der Lufthansa (Business Tarif). So zahlt die CDU etwa 3.000 Euro pro Flug. Die „restlichen“ 72.000 Euro zahlen wir alle – ein Skandal!

Wen diese Zahlen noch nicht schwindelig gemacht haben; bitte sehr: Es geht natürlich noch fürstlicher. In Köln-Wahn (wie treffend!) ist der Luxusjet Global 5000 stationiert. Auch diesen Luxus gönnt sich die ehemalige FDJ-Sekretärin mit Freuden. Kostenpunkt: knapp 31.000 Euro/Stunde!

Damit keine Missverständnisse entstehen; der Autor hält die Nutzung von Flugbereitschaften durch Regierungsmitglieder für legitim, sofern sie im Kontext mit Regierungsarbeit stehen. Für Wahlkampfzwecke das Volk zur Kasse zu bitten, ist jedoch ein Skandal. Er zeigt ganz deutlich die Selbstbedienungsmentalität des Systems und offenbart den Mangel an Ethik, Moral und Anständigkeit.